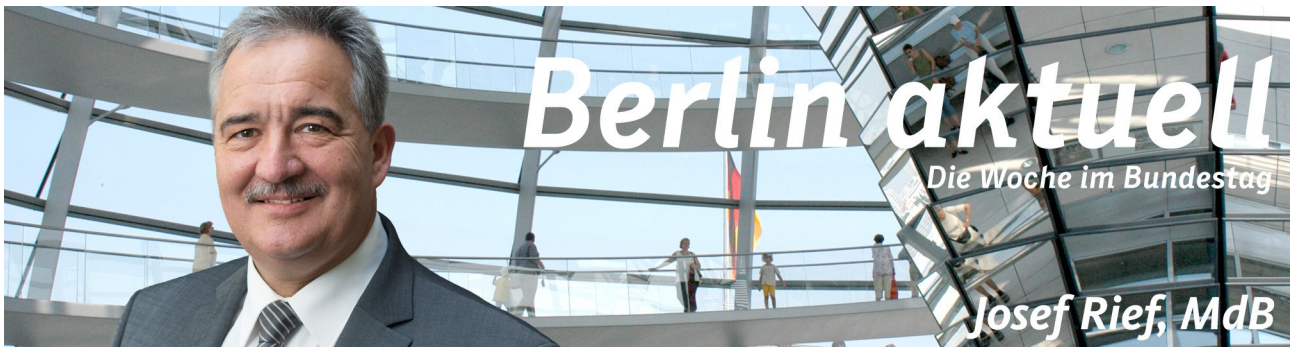

Geschlossen aus der Krise - EU plant mit 1,8 Billionen Euro für 7 Jahre

Bundestagsdebatten über die Europäische Union

Corona-Krise, Klimawandel, Brexit-Folgen – die Europäische Union steht vor immensen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund riefen Abgeordnete der Unionsfraktion die EU zu Geschlossenheit auf. Im Mittelpunkt der Bemühungen müsse der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Europas stehen, betonten sie.

„In herausfordernden Zeiten brauchen wir ein starkes und geschlossenes Europa“, sagte der europapolitische Sprecher Florian Hahn in der Bundestagsdebatte über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2021. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katja Leikert warnte, wenn die Europäer auseinanderdrifteten, werde es nur Verlierer geben. Die EU sei da, um die großen Probleme zu lösen. An erster Stelle nannte sie

Stellv. Fraktionsvorsitzende Katja Leikert im Plenum, Foto: DBT

„gesunde Finanzen und Jobs, Jobs, Jobs“.

Hahn appellierte an die EU, sich jetzt so auf- **Seite 2**

Digitaler Austausch mit Bundesgesundheitsminister

Jens Spahn

mit Thomas Dörflinger und Josef Rief

heute, am 26. Februar, um 19.00 Uhr

Die Veranstaltung ist öffentlich und über diesen Link direkt aufrufbar:

https://zoom.us/j/94310133521

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Diesem Thema ist derzeit eine Ausstellung im Paul-Löbe-Haus im Bundestag gewidmet. Bereits 321 wurden jüdische Bürger in Köln in einem Dekret des römischen Kaisers Konstantin erwähnt. Auch in Riefs Wahlkreis spielten jüdische Gemeinden eine große Rolle, in Bad Buchau, Laupheim und darüber hinaus in Ulm und im bayrischen Raum Altenstadt und Fellheim. Die Reichspogromnacht war der düstere Höhepunkt der Unterdrückung der Juden, in der die drei Synagogen in Bad Buchau, Laupheim und Altenstadt in Flammen aufgingen. In Altenstadt halfen auch SA-Gruppen aus dem benachbarten württembergischen Illertal mit – ein Schandfleck auch in unserer Heimatgeschichte. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☎ (030) 227 – 71905 🖷 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☎ (07351) 444 8782 🖷 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

stellen, dass sie international wettbewerbsfähig bleibe, Wachstum ermögliche und Beschäftigung sichere. Auch der Vorsitzende des Europaausschusses, Gunther Krichbaum, mahnte die Sicherung des europäischen Wirtschaftsstandortes an. Die Weichen für Digitalisierung und Klimaschutz müssten jetzt gestellt werden.

Hahn warf einen Blick zurück auf die erfolgreiche deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Mit der Einigung auf den Mehrjährigen Haushaltsrahmen und dem Wiederaufbaufonds sowie dem Handelsabkommen mit Großbritannien sei es ihr gelungen, einige dicke Brocken wegzuräumen. „Unter deutscher Ratspräsidentschaft hat die EU Handlungsfähigkeit bewiesen“, sagte Hahn.

Mit dem mehrjährigen Haushaltsplan und dem Wiederaufbaufonds stehen der EU in den kommenden sieben Jahren rund 1,8 Billionen Euro zur Verfügung. Der Bundestag beriet außerdem in erster Lesung über die Finanzierung dieser Haushaltsmittel. Im Mittelpunkt stand dabei der Fonds mit dem Namen „Next Generation EU“, der mit 750 Milliarden Euro bestückt wird. Dies sei das größte Konjunktur- und Aufbauprogramm in der Geschichte der EU, sagte Leikert. Es entfalte schon jetzt Wirkung, wie sich beispielsweise an der Stärke des Euro ablesen lasse. Das Geld für den Fonds soll die EU-Kommission ausnahmsweise am Kapitalmarkt aufnehmen.

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhardt Rehberg, nannte die zeitlich befristete Kreditaufnahme angesichts der Herausforderungen durch die Pandemie gerechtfertigt. Gleichzeitig betonte er, dies sei „nicht der Einstieg in die Fiskalunion, nicht der Einstieg in eine Haftungsunion und nicht der Einstieg in eine Schuldenunion“. Leikert sagte, das Haushaltsinstrument sei weder ein Freifahrtschein für die Mitgliedstaaten noch eine Dauerlösung. Sie mahnte auch eine schnelle Rückkehr zum Stabilitäts- und Wachstumspakt an, der die Nettoneuverschuldung und die Gesamtverschuldung der Mitglieder begrenzt.

Der CDU-Abgeordnete André Berghegger unterstrich den Ausnahmecharakter der Kreditaufnahme von Seiten der EU-Kommission. Die Fondsmittel dürften nicht in den Haushalten der Mitgliedstaaten versickern, sondern müssten in die Bewältigung der Folgen der Pandemie gesteckt werden, warnte er. Angesichts der noch immer enormen Herausforderungen der Pandemie warben Rehberg und Berghegger für eine schnelle Auszahlung der Mittel. ■

Wohnraumoffensive: Kraftanstrengung zur Stabilisierung des Wohnungsmarktes - Erfolg des Baukindergeld für 300.000 Familien

Bund, Länder und Kommunen ziehen Bilanz. 2018 starteten sie gemeinsam die Wohnraumoffensive. Das Ergebnis kann sich zweieinhalb Jahre später sehen lassen.

Auf dem Wohngipfel 2018 wurde ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Stärkung des Wohnungsneubaus und zur Sicherung bezahlbaren Wohnens vereinbart. Denn vor allem in Städten ist bezahlbarer Wohnraum zu einer sozialen Frage geworden. „Es hat in den letzten 25 Jahren keine vergleichbare Kraftanstrengung zur Stabilisierung des Wohnungsmarktes in Deutschland gegeben“, sagt Kai Wegner, der bau- und wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die wesentlichen Vereinbarungen des Wohngipfels von 2018 sind inzwischen umgesetzt oder auf den Weg gebracht. „Bis zum Ende dieser Legislaturperiode wird – trotz der Pandemie – der Bau von mehr als 1,5 Millionen Wohnungen abgeschlossen oder angestoßen sein. Damit stellt der Bund seine Verlässlichkeit beim Wohnungsbau einmal mehr unter Beweis“, betont Kai Wegner. Denn klar ist: „Bauen, bauen, bauen“ ist und bleibt der Schlüssel zum Erfolg. „Neubau ist der beste Schutz vor steigenden Mieten“, so Wegner.

Vor allem Familien profitieren von den Maßnahmen: Über 300.000 Familien konnten inzwischen das Baukindergeld beantragen. Außerdem ist das Wohngeld gestiegen und es wird regelmäßig an die Entwicklung der Einkommen und der Wohnkosten angepasst. Der Bund förderte von 2018 bis 2021 den sozialen Wohnungsbau mit fünf Milliarden Euro. Dazu kommt eine massive Unterstützung des Bundes für den Städtebau – allein in den letzten beiden Jahren knapp 1,6 Milliarden Euro. Der Mietwohnungsbau wird steuerlich gefördert. Mieter werden vor Überforderung bei Neuvermietung und Modernisierung geschützt und es gibt eine attraktivere Bausparprämie.
Instrumente wie der rot-rot-grüne Berliner Mietendeckel bremsen dagegen Neubau und Modernisierungen. ■

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 🖷 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 🖷 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller